

MARTIN GRESCHAT

„MEHR WAHRHEIT IN DER POLITIK!“

Das Tübinger Memorandum von 1961

„Mehr Wahrheit in der Politik!“ Unter dieser Devise verfaßten im Herbst 1961 acht in der Bundesrepublik Deutschland hochangesehene Persönlichkeiten eine kurze Denkschrift. Darin warfen sie den Führungskräften sämtlicher Parteien vor, wesentliche politische Realitäten gegenüber der Bevölkerung zu verschleiern und dringend gebotene Entscheidungen zu verschleppen. Die Autoren erläuterten diese Behauptung unter fünf Gesichtspunkten: 1. Es fehle an einer „aktiven Außenpolitik“, die einerseits unbeirrbar an der Verteidigung Westberlins und der Wiedervereinigung Deutschlands im europäischen Kontext festhalte, die jedoch andererseits durch den Verzicht auf die Rückgewinnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße zur Beruhigung und Normalisierung der Verhältnisse in Ost und West beitrage. 2. Geboten sei eine „militärisch effektive, politisch behutsame Rüstungspolitik“, also keinesfalls ein Drängen der Bundesrepublik auf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Gleichzeitig gelte es 3., ernsthaft Sorge zu tragen und konkrete Schritte einzuleiten für „richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz“. 4. Zu einer wirksamen Sicherung gegenüber dem Kommunismus gehörten nicht nur Waffen, sondern eine sinnvolle Sozialpolitik, die es nicht bei zufälligen einzelnen Maßnahmen und Wahlgeschenken bewenden ließe. Erforderlich sei vielmehr eine „unnachgiebige und planvolle Sozialpolitik“. 5. Die tiefgreifenden technischen, industriellen und wirtschaftlichen Umbrüche in der Gegenwart verlangten größte Anstrengungen für eine „tiefgreifende Schulreform“.

Weil Teile dieses Memorandums durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt waren, veröffentlichten die Autoren den vollständigen Text am 24. Februar 1962¹. Die Wirkung war enorm. Bereits am selben Tag brachten große überregionale Tageszeitungen im Westen wie im Osten Deutschlands Berichte mit Überschriften wie „Oder-Neiße-Grenze anerkennen“, „Bonns Politik unreal und gefährlich“, „Dem Volk die Wahrheit sagen“². Schnell konzentrierte sich die Auseinandersetzung

¹ Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, Nr. 47, 24. 2. 1962. Der Text findet sich außerdem in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland (künftig: KJ) 1962, S. 75–78; vgl. auch Ludwig Raiser, Vom rechten Gebrauch der Freiheit. Aufsätze zu Politik, Recht, Wissenschaftspolitik und Kirche, hrsg. von Konrad Raiser, Stuttgart 1982, S. 41–47.

² Die Welt, Neues Deutschland, Tagesspiegel, alle vom 24. 2. 1962. Am 2. 3. 1962 brachte Christ

auf das Problem der Beziehungen Westdeutschlands zum Osten, insbesondere zu Polen, und damit auf den bitteren und schmerzenden Punkt der Oder-Neiße-Linie. In den Medien, Verbänden und Parteien, aber auch innerhalb der evangelischen Kirche, wurde darüber intensiv und erbittert, so engagiert wie laut und auch rücksichtslos gestritten. Die Thematik der Oder-Neiße-Grenze rückte durch dieses Memorandum sowohl erstmals als auch dauerhaft in den Mittelpunkt der öffentlichen politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik.

Zur großen Wirkung der Denkschrift trug die Prominenz ihrer Verfasser nicht unerheblich bei. Dazu gehörten – um nur einige zu nennen – Carl Friedrich von Weizsäcker, Professor in Hamburg, Physiker und Philosoph, der Jurist Ludwig Raiser, Professor in Tübingen und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Werner Heisenberg, Nobelpreisträger für Physik, Professor in München und Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik, oder Georg Picht, Pädagoge, Religionsphilosoph und Wegbereiter der Bildungsreform.

1. Anlaß und Hintergrund des Memorandums

Vorausgesehen oder gar erwartet hatten die Autoren diese Resonanz kaum. Sie bewegte zunächst viel stärker die Frage, ob es überhaupt sinnvoll, nämlich in irgendeiner Weise erfolgversprechend sei, sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden, um auf Mängel und Gefahren hinzuweisen, die nach ihrer Überzeugung das Allgemeinwohl bedrohten. Denn sie alle verfügten über keinen Rückhalt in einem einflussreichen Verband oder einer politischen Partei.

Carl Friedrich von Weizsäcker erinnerte im Sommer 1961 anlässlich eines Besuchs bei Bischof Hermann Kunst, dem Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesregierung in Bonn, an den faktischen Mißerfolg der von ihm, Weizsäcker, mitverantworteten Warnung der „Göttinger Achtzehn“ vom 12. April 1957 vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr³. Doch Kunst widersprach ihm und seinen Freunden vehement. „Resignieren ist kein christliches Geschäft“, habe er, erinnerte Kunst sich später, gegen solche Mutlosigkeit gesetzt⁴. Allerdings hatte Kunst dann auch versprochen, mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ein Gespräch unter vier Augen zu führen, um ihm die Sorgen zu

und Welt einen großen Artikel unter der Überschrift „Ein Schuß ins Leere“. Die Kontroverse um das Memorandum wurde im Februar und März auch in vielen regionalen und lokalen Blättern ausgetragen.

³ Vgl. Christian Walther (Hrsg.), *Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954–1961. Dokumente und Kommentare*, München 1981, S. 36. Hier finden sich auch Belege dafür, daß diese Stellungnahme keineswegs zu erfolglos war, wie Weizsäcker später meinte. Vgl. ebenda, S. 69f. Vgl. auch Günter Howe (Hrsg.), *Atomzeitalter, Krieg und Frieden*, Witten 1959.

⁴ Zit. u. a. bei Hartmut Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*, Bd. 2, Göttingen 1985, S. 318.

erläutern, die er bei vielen Menschen mit seinem ungehemmten Reden über die Notwendigkeit des westdeutschen Zugriffs auf Nuklearwaffen im In- und Ausland weckte. Gleichzeitig erklärte sich der Bischof bereit, dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler sowie evangelischen Bundestagsabgeordneten einen Katalog mit kritischen Anfragen an die Politik der Bundesrepublik zuzustellen⁵.

Zugegen waren bei diesem Gespräch im Sommer 1961 in Bonn außer Kunst und Weizsäcker – der damals als Direktor des Philosophischen Seminars an der Universität Hamburg tätig war – noch Ludwig Raiser, Georg Picht sowie Günter Howe. Raiser, Professor für bürgerliches Recht in Tübingen, wirkte gleichzeitig auf vielen anderen öffentlichen Ebenen, u. a. als Vorsitzender des Wissenschaftsrates und Präsident der Europäischen Rektorenkonferenz. Dasselbe gilt von dem Pädagogen und Religionsphilosophen Georg Picht, der nicht nur die Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt) in Heidelberg leitete, sondern auch im Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen eine führende Rolle spielte. Der Vierte im Bunde der Autoren war der Naturwissenschaftler Günter Howe, Mitarbeiter der FESt und Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg. Sie alle waren Nichttheologen; und ausnahmslos gehörten sie, Kunst eingeschlossen, zum Führungskreis der FESt, die getragen wurde von den Evangelischen Landeskirchen, dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien sowie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag. Den Vorsitz im wissenschaftlichen Kuratorium führte Professor Raiser. Alle Genannten kannten sich seit Jahren, einige verband sogar Freundschaft.

Ihre Stellung zur evangelischen Kirche wie auch ihre Position innerhalb der Kirche läßt sich nicht leicht bestimmen. Beiden evangelischen kirchenpolitischen Gruppen, die immer wieder einmal in der Öffentlichkeit von sich reden machten, standen sie distanziert gegenüber: den konfessionellen Lutheranern ebenso wie den auf der Linie von Karl Barth agierenden Kirchlichen Bruderschaften. Die Autoren der Denkschrift repräsentierten statt dessen vielfältige Aspekte einer Kirchlichkeit, die sich aus bewußt angenommenen evangelischen Traditionen ebenso wie einer offenen liberalen Geisteshaltung speiste. Bei aller unterschiedlichen Akzentuierung dürfte ein Element für die meisten von ihnen kennzeichnend gewesen sein, das Klaus von Bismarck für sich so beschrieb: An einem Sonntag im Herbst 1945 hörte er in Mennighüffen in Ostwestfalen eine Predigt von Ernst Wilm, dem späteren Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen. Es war keine überwältigende Predigt, erinnerte sich Bismarck, keine, „die mich außerordentlich aufgewühlt und deshalb veranlaßt hätte, vor mir selbst eine Art Gelübde abzulegen. Nein, ich hatte nur einen dieser hellen Augenblicke im Leben, in dem ich das Wunder begriff, daß ich und meine Familie diesen Krieg leidlich heil überlebt hatten. Und es war der Augenblick, in dem es mir nicht mehr möglich schien, mein Leben als nur privat zu begreifen. [. . .] Aber daß man sich nicht mehr ganz selber gehört, wenn man als Bürger und Christ einige Herausforderungen der Zeit zu erkennen meint, das spürte ich jetzt

⁵ Vgl. Ludwig Raiser an Bischof Kunst, 5. 11. 1961, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42 (1961/62).

erst.⁶ Das implizierte für Bismarck und ebenso für die anderen Autoren des Memorandums mannigfache Verbindungen und Vernetzungen in viele öffentliche, geistig-kulturelle, aber auch politische Zusammenhänge hinein. Anders formuliert: Die in der FESt geknüpften Beziehungen eröffneten wieder neue Kontakte, auch unter Einbeziehung zumindest partiell anders strukturierter „Milieus“. Und dieser Prozeß setzte sich dann auf der Ebene des Werbens um weitere Unterzeichner des Memorandums fort. Klaus von Bismarck z. B., damals Intendant des Westdeutschen Rundfunks, später Präsident des Goethe-Instituts, war bald gewonnen. In seiner Position, aber ebenso als Mitglied im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages sowie – wieder in einem anderen Kontext – als Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt brachte er wie die anderen Autoren nicht nur seine Persönlichkeit, sondern breite kulturelle, gesellschaftliche und politische Verbindungen in die Arbeit der Gruppe ein. Dasselbe gilt von dem Juristen und Soziologen Hellmut Becker, den Picht gewann. Becker, zu diesem Zeitpunkt Präsident des Verbandes Deutscher Volkshochschulen, aber auch im Beirat der „Inneren Führung“ im Verteidigungsministerium tätig, später Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, hatte im „Wilhelmstraßen-Prozeß“ gegen das deutsche Außenministerium im Dritten Reich zu den Verteidigern Ernst von Weizsäckers gehört. Seitdem war er mit der Familie Weizsäcker befreundet. Carl Friedrich von Weizsäcker zog seinerseits Werner Heisenberg hinzu, Vorbild, Freund und Gefährte seit langem. Durch Howe stieß schließlich der allen Autoren bekannte Präses der Rheinischen Landeskirche, Joachim Beckmann, Theologieprofessor und einst führender Mann im Kirchenkampf, zum Kreis.

Andere Persönlichkeiten distanzieren sich auch wieder. Dazu gehörte z. B. Theodor Eschenburg, den Raiser aufgrund seiner politischen Erfahrung hinzugebeten hatte und der zunächst auch sehr intensiv mitarbeitete. Aber weil sich Eschenburgs Drängen auf vorsichtigere, stärker differenzierende Formulierungen nicht mit der Auffassung der Mehrheit der Gruppe vereinbaren ließ, zog er sich noch vor der Fertigstellung des Textes wieder zurück⁷.

Daraus ergibt sich, daß es nicht nur einige einzelne waren, die hinter dem Memorandum standen. Diese einzelnen repräsentierten vielmehr ein weitverzweigtes Geflecht potentiell Gleichgesinnter. Es wäre sicherlich allzu einfach, sie als „protestantisches Bildungsbürgertum“ zu charakterisieren⁸. Dazu waren die Verbindungen dieser Persönlichkeiten viel zu weit gespannt. Sie reichten tiefer und unmittelbarer in weite Bereiche der Lebens- und Arbeitswelt hinein, als der überkommene Begriff des „Bil-

⁶ Klaus von Bismarck, *Aufbruch aus Pommern. Erinnerungen und Perspektiven*, München 1996, S. 206 f.

⁷ Am 15. 9. 1961 teilte Picht Raiser mit, Eschenburgs Bedenklichkeit berge die Gefahr in sich, daß nun auch die Autoren der Denkschrift das täten, was sie der Regierung und den Parteien vorwürfen, nämlich „aus taktischen Gründen der Tagespolitik die entschlossene Klarheit in den Grundsatzen [zu] versäumen“. In: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42 (1961/62).

⁸ So urteilt Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 219 f.

dungsbürgertums“ abzudecken pflegt. Aus demselben Grund erscheint der Rekurs auf ein protestantisches Milieu auch nicht sehr hilfreich – so fruchtbar diese Fragestellung sonst auch fraglos ist⁹. Festzuhalten bleibt, daß die Verfasser des Tübinger Manifests sicherlich Persönlichkeiten waren, die sowohl partiell einem protestantischen „Bildungsbürgertum“ entstammten, als auch – neben anderem – sich mit vielfältigen kirchlichen Arbeitsfeldern verbunden hatten. Gleichzeitig agierten sie jedoch effizient und kompetent weit darüber hinaus. Wesentlich ist wohl, daß sie dabei eine liberal-demokratische Wertehierarchie sehr selbstverständlich vertraten und vorantrieben, wie das im damaligen Protestantismus und erst recht in kirchlichen evangelischen Kreisen keineswegs die Regel war. Was auch immer die Konzeption der „Westernization“, der Verwestlichung der Deutschen also, im einzelnen meinen und umfassen mag¹⁰; die Autoren des Tübinger Memorandums repräsentierten, vertraten und entfalteten diese Einstellung in einer besonders eindrucklichen Weise. Auch das wird im folgenden zu erläutern sein.

2. Die politische Lage

Mit dem Hinweis auf die gegenwärtige außenpolitische Krise der Bundesrepublik begann das Memorandum der Acht¹¹; aber – fügten die Autoren sogleich hinzu – damit gingen gewichtige Gefahren „im inneren politischen Leben der Bundesrepublik“ Hand in Hand. Von Satttheit und Selbstzufriedenheit war die Rede, von vielfältigen Illusionen, „mangelnder Planung und fehlender Voraussicht“. Als ein wesentlicher Faktor für die Ausbreitung solcher Mißstände galt den Verfassern die Neigung der Politiker wie auch der Medien, die Wahrheit lieber zu verschleiern, als der Bevölkerung harte Entscheidungen zuzumuten, lieber zu finassieren und zu taktieren, als die politischen und sozialen Realitäten und die damit verbundenen Schwierigkeiten beim Namen zu nennen. Somit handelte es sich bei den Thesen der Acht in hohem Maße um eine Argumentation aufgrund eines moralischen Anspruchs. Von diesem Gesichtspunkt aus behandelten die Autoren dann, wie erwähnt, fünf Themenbereiche: Außenpolitik und Rüstungsbegrenzung, Bevölkerungsschutz sowie Sozial- und Bildungspolitik. Bei den ersten drei Komplexen dominierten die außenpolitischen Aspekte. Darum drehte sich später auch vor allem die Diskussion. Die primär innenpolitisch orientierten Überlegungen zum Sozial- und Bildungsbereich waren davon jedoch keineswegs abgekoppelt: „Die Entscheidung darüber, ob unsere Gesellschaftsordnung der Herausforderung durch den Kommunismus gewachsen ist, fällt

⁹ Vgl. dazu u. a. Martin Greschat, Die Bedeutung der Sozialgeschichte für die Kirchengeschichte, in: HZ 256 (1993), S. 67–103; Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1996), S. 29–53.

¹⁰ Wichtig hierzu ist der Überblick von Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

¹¹ Im folgenden zit. nach Raiser, Vom rechten Gebrauch der Freiheit, S. 41 f.

auf den Gebieten der Sozialpolitik und der Kulturpolitik, die nur in ihrem wechselseitigen Zusammenhang richtig verstanden und vernünftig geplant werden können.“¹² Diese Verbindung von Innen- und Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt der kommunistischen Bedrohung entsprach einer damals weit verbreiteten Denkfigur. Daneben ging es den Autoren um die sinnvolle Koordination der „Prinzipien der Selbstverantwortung und der Solidarität“ – eine Aufgabe, der sich die Regierung nach ihrer Überzeugung zunehmend zugunsten von „planlosen Wahlgeschenken“ entzog¹³. Und noch viel richtungsloser erschien den Acht die Bildungs- und Erziehungspolitik der Bundesrepublik.

Doch im Mittelpunkt des Dokumentes stand die westdeutsche Außenpolitik, was dem Empfinden vieler Zeitgenossen in der Zeit nach dem Mauerbau entsprach. Und auch die scharfen Worte im Memorandum über die „Unwirklichkeit einer Atmosphäre, die mit einer Mischung aus überhöhten Ansprüchen und dumpfer Angst alle Gebiete der Politik durchzieht“, fand damals viel Beifall.

Im einzelnen argumentierte das Memorandum folgendermaßen: Die Freiheit West-Berlins und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR gehörten zum „unabdingbaren Grundbestand jeder überhaupt denkbaren deutschen Politik“¹⁴. Diese Forderungen fänden auch die ungeteilte Zustimmung der Westalliierten. Doch dürfe man sich gleichzeitig keine Illusionen über den Argwohn und das Mißtrauen machen, die überall in der Welt noch gegenüber Deutschland und den Deutschen herrschten. Und diese Bedenken würden in dem Maße angefacht und verstärkt, in dem die Bundesrepublik auch nur den Anschein erwecke, sie wolle die bestehenden Machtverhältnisse in Europa ändern. Darauf aber laufe die Forderung der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 oder das Drängen auf eigene Atomwaffen hinaus. Beides belaste dementsprechend auch die Beziehungen zu den Verbündeten. Geboten sei vielmehr eine Politik, die eine „Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands“ anstrebe¹⁵. Das gelte insbesondere im Blick auf Polen. Vertrauensbildende Maßnahmen müßten hier eingeleitet werden, angefangen bei der materiellen Wiedergutmachung über Nichtangriffspakte bis hin zu Verhandlungen über die Möglichkeit, Deutschen die Rückkehr in ihre alte Heimat zu gestatten. Die Oder-Neiße-Linie stelle längst kein „denkbares Handelsobjekt“ mehr dar. Aber „die öffentliche Anerkennung dieser Grenze im Rahmen eines umfassenden Programms obengenannter Art [könnte] unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen“¹⁶. Genauso positiv würde sich im Westen und Osten der Verzicht der Bundesrepublik auf eigene Atomwaffen auswirken

¹² Ebenda, S. 45 f.

¹³ Ebenda, S. 46.

¹⁴ Ebenda, S. 42.

¹⁵ Ebenda, S. 43.

¹⁶ Ebenda, S. 44.

– was natürlich das Bemühen um möglichst wirksame Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung nicht aus-, sondern einschlieÙe. Rüstung allein biete jedenfalls einen solchen Schutz nicht.

Die Autoren des Memorandums zeigten sich in der Lage, über den deutschen Horizont hinauszusehen und die internationalen Zusammenhänge in den Blick zu nehmen. Dabei sprachen sie aus, was viele Politiker und andere nachdenkliche Zeitgenossen ebenso oder sehr ähnlich beurteilten. Chruschtschows einseitige Aufkündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin im November 1958 und der damit eingeleitete Nervenkrieg hatten plötzlich die Schwächen des Westens bloÙgelegt¹⁷. Die Alliierten waren irritiert. Sie reagierten zunächst uneins und hilflos. Wo konnte man nachgeben, um einen Krieg zu verhindern? Wo mußte man festbleiben, um neue Erpressungen und damit vielleicht schließlich doch einen Krieg zu vermeiden? Zu den Folgen der angeheizten Atmosphäre gehörte auch die seit Juni 1961 mächtig anschwellende Flüchtlingsflut aus der DDR. „Am Ende herrschte Torschlußpanik: Viele gingen nur, weil sie fürchteten, dies sei die letzte Gelegenheit.“¹⁸ Und die westdeutschen Medien gaben diese Zahlen tagein, tagaus wie Siegesmeldungen bekannt.

So nahm man hier kaum zur Kenntnis, daß John F. Kennedy am 25. Juli 1961 drei Grundforderungen (essentials) der USA formulierte, die sich allein auf West-Berlin bezogen: Verbleib der westalliierten Truppen in der Stadt, ihr freier Zugang dorthin sowie die Sicherung der Lebensfähigkeit West-Berlins. Am 13. August blockierte die DDR alle Zufahrtswege zu den Westsektoren und baute dann eine Sperrmauer um sie herum, quer durch die Stadt. Faktisch handelte es sich dabei um einen Kompromiß der Supermächte: Chruschtschow sicherte die Existenz der DDR, verzichtete jedoch auf den angedrohten Griff nach West-Berlin; Kennedy verteidigte zwar die Freiheit dieses Stadtteils, gab jedoch die auf ganz Berlin sich erstreckenden Rechte der Westalliierten preis.

Was die Amerikaner nun als Erfolg feierten und die anderen westlichen Regierungen mit großer Erleichterung betrachteten, bedeutete für die allermeisten Deutschen einen schweren Schock. Sie hatten nicht sehen können und wollen, daß die Westmächte längst eigene politische Interessen verfolgten, die auf Ausgleich mit dem Osten und insbesondere mit der Sowjetunion zielten und nicht einfach auf die Wiedervereinigung Deutschlands. In solchen Illusionen war keineswegs nur die Bevölkerung befangen. Dasselbe gilt von den meisten Politikern in sämtlichen Parteien, vor allem aber von der Regierungspartei und ihrem Vorsitzenden, Bundeskanzler Konrad Adenauer, die solches Wunschenken jahrelang gefördert und verfestigt hatten. Geradezu gespenstisch wirkten jetzt, nach dem Mauerbau, die Versuche der CDU/CSU, das Scheitern ihrer Deutschlandpolitik zu kaschieren. Wie vollständig

¹⁷ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Ära Adenauer, S. 216–224; ders., Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann, 1952–1967, Stuttgart 1991, bes. S. 627–727. Sehr kritisch urteilt Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1994, S. 1081–1157. Materialreich ist Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, München ³1995, S. 56–80.

¹⁸ Ebenda, S. 59.

man hier am Ende war, belegen viele Zeugnisse¹⁹, aber auch das Faktum, daß die CDU den gerade laufenden Bundestagswahlkampf mechanisch weiterführte, an der Spitze Adenauer, der agierte, als wäre nichts geschehen. Er wiederholte Wohlstandsparolen und gefiel sich in Attacken auf die uneheliche Geburt seines Herausforderers Willy Brandt. Trotzdem blieb die CDU in den Wahlen am 17. September 1961 die stärkste Partei. Aber die Vertrauenskrise schwelte weiter. Neue Nahrung erhielt sie durch das wochenlange Ringen und Feilschen um die Regierungsbildung – vor dem Hintergrund hochgradig gespannter politischer Beziehungen zwischen Ost und West.

In einer später veröffentlichten differenzierten Analyse dieses Wahlkampfes²⁰ war von dem beträchtlichen Verlust an Prestige die Rede, den Adenauer hinnehmen mußte, auch von der wachsenden Kritik der Bevölkerung an seinem autoritären Regierungsstil. Als auffällig wurde sodann, vor allem im Vergleich mit dem Wahlkampf 1957, die deutliche Vernachlässigung des protestantischen Bevölkerungsteils hervorgehoben. Wesentliche Themen, welche die Bevölkerung beschäftigten – ausdrücklich genannt wurden die Sozialpolitik und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Staaten im Osten –, seien nicht zur Sprache gekommen. Folgerichtig hätten, so hieß es, andere Kreise diese Themen aufnehmen können, denn eine wachsende Zahl von Wählern dränge auf deren Behandlung. Damit ist ziemlich exakt und bis in Einzelheiten hinein der historische Ort des Tübinger Memorandums markiert.

Gewiß, Adenauer hatte in seinen letzten Jahren mancherlei Überlegungen zur Ostpolitik ins Spiel gebracht, gerade auch im Blick auf die DDR²¹. Faktisch lief jedoch alles auf das Bestreben hinaus, durch das Ignorieren der realen machtpolitischen Verhältnisse „den Status quo überwinden zu wollen“²². Den „weiten Weg zur Wirklichkeit“ wollte und konnte Adenauer hier nicht gehen²³. Das mußten dann andere tun,

¹⁹ Am Ende des Jahres 1961 notierte z. B. Heinrich Krone in seinem Tagebuch: „Der 13. August ist ein Schicksalstag des deutschen Volkes. [. . .] An der Mauer entlang ist Deutschland getrennt, verläuft die Grenze des kommunistischen Ostens gegen die freie Welt. Und – was wir immer nicht glauben wollten, die amerikanische Politik nimmt diese Grenze zur Kenntnis. [. . .] Es bleibt bei dem geteilten Deutschland noch lange. Der Westen findet sich mit dem geteilten Deutschland ab. Wir müssen ihn daran erinnern, daß es in den mit ihm abgeschlossenen Verträgen anders lautet. [. . .] Man sucht Koexistenz auf dem Boden des Status quo. Wir müssen der Welt immer wieder sagen, daß der Weltkommunismus keine Koexistenz kennt.“ Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Reppen (Hrsg.), Adenauer-Studien, Bd. 3: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134–201, Zitat S. 165f.

²⁰ Vgl. Rudolf Wildenmann/Erwin K. Scheuch, Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln 1965, S. 39–73.

²¹ Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959 [Bd. 3], Stuttgart 1967, bes. S. 376ff.; Morsey/Reppen, Adenauer-Studien, bes. S. 136ff.

²² So Walther Stütze, Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961–1962, Bonn 1973, S. 16. Zustimmung vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988, S. 85; Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

²³ Bender, Neue Ostpolitik, S. 29.

freilich gegen immense innenpolitische Widerstände, die der Bundeskanzler mitgeschaffen und zunehmend stabilisiert hatte.

Die Distanz gegenüber den Westmächten, allen voran den USA unter Präsident Kennedy, war dadurch gewachsen. Diese zeigten deutlich ihre Bereitschaft, West-Berlin zu verteidigen. Aber sie wünschten gleichzeitig – und ebenso dachten die Briten und Franzosen – eine Annäherung der Bundesrepublik an die DDR, bis hin zu deren förmlicher Anerkennung, sowie die Respektierung der bestehenden Grenzen, mit Einschluß der Oder-Neiße-Linie. Ein Verzicht auf die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten sollte dadurch nicht ausgesprochen werden. Doch diese war für die Westalliierten jetzt kein politisch aktuelles Thema mehr.

Der Bau der Mauer in Berlin trieb in Westdeutschland den schwierigen und schmerzlichen Prozeß der Annäherung an die Realitäten unverkennbar voran. Willy Brandt z. B. schrieb später im Blick auf den 13. August 1961: „Uns sind Illusionen abhanden gekommen, die das Ende der hinter ihnen stehenden Hoffnungen überlebt hatten – Illusionen, die sich an etwas klammerten, das in Wahrheit nicht mehr existierte. [...] Meine politischen Überlegungen sind in den folgenden Jahren durch die Erfahrung dieses Tages wesentlich mitbestimmt worden. Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.“²⁴ Am 15. Juli 1963 hielt Egon Bahr in der Evangelischen Akademie Tutzing einen Vortrag, in dem er die dann berühmt gewordene Formel „Wandel durch Annäherung“ prägte: die Zuwendung der Bundesrepublik zur DDR würde – so die These – die dortigen politischen Verhältnisse schrittweise verändern²⁵. Bereits im Frühjahr 1962 hatte der Pressereferent der FDP, Wolfgang Schollwer, ein erstes Papier für eine neue Ostpolitik vorgelegt²⁶. Sie lief auf eine zunehmende Verklammerung beider deutscher Staaten hinaus, die Anerkennung der Zweistaatlichkeit durch Bonn, jedoch nicht den Verzicht auf die Wiedervereinigung. Die Bundesrepublik würde keine Atomwaffen beanspruchen und eine offizielle Erklärung hinsichtlich ihrer Respektierung der bestehenden Grenzen in Europa abgeben. Das war die Linie, auf der sich auch das Memorandum der Acht bewegte.

3. Die Zielsetzung

Den zunächst noch vorsichtigen Überlegungen zu einer neuen Ostpolitik standen die beharrenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik gegenüber. Nicht selten fühlten sich diese durch die Ereignisse des Jahres 1961 in ihren Überzeugungen bestärkt: daß es jetzt vor allem darauf ankomme, fest zu bleiben, sich durch den von Moskau inszenierten Nervenkrieg gerade nicht irre machen zu lassen. Diese Kreise sahen

²⁴ Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, München 1978, S. 17.

²⁵ Vgl. dazu Boris Meissner (Hrsg.), *Die deutsche Ostpolitik 1961–1970*, Köln 1970, S. 45 ff.; Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage*, Bonn 1996, bes. S. 59–73.

²⁶ Vgl. Wolfgang Schollwer, *Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der F. D. P. seit 1952*, Bonn 1972.

durchaus, was innen- und vor allem außenpolitisch vor sich ging. Aber sie werteten und beurteilten es anders. Vereinfacht ausgedrückt: setzte die offizielle Politik in der Bundesrepublik vor allem auf Forderungen und Ansprüche, also auf Rechtspositionen, wollten die anderen Wandel und Veränderung auf der Grundlage wachsenden gegenseitigen Vertrauens – ohne darum Fragen der Macht aus dem Auge zu verlieren. Insofern ging es bei diesen Auseinandersetzungen stets auch um das Gewicht von Moral und Sittlichkeit in der Politik. Insbesondere für die Tübinger Acht stand dieser Gesichtspunkt im Mittelpunkt ihres Redens und Agierens. Aus der Überzeugung, daß nun öffentlich anders geredet und dann auch gehandelt werden müsse, entstand der Plan für das Memorandum. Geschrieben wurde es im Verlauf von zwei Tagungen in Tübingen, Ende Juli und Anfang September 1961. Die Verfasser waren in erster Linie Raiser und Weizsäcker, mit ihnen arbeiteten Howe, Picht und Eschenburg²⁷. Während des Wahlkampfes sollte der Text nicht veröffentlicht werden, auch nicht vor dem Abschluß der Regierungsbildung. Die Arbeit am Memorandum ging unterdessen aber weiter.

Um „Wahrheit“ sollte es im Memorandum gehen, um den „Wahrheitsanspruch in der Politik“, wie Raiser seine und seiner Freunde Intention im April 1962 in der „Zeit“ zusammenfaßte. Denn erst unter dieser Voraussetzung erschien es sinnvoll und möglich, die unumgänglich erforderliche Zustimmung der Bevölkerung zu den jetzt notwendigen innen- und außenpolitischen Schritten zu gewinnen. „Was wir fordern, ist nicht ein Verzicht auf Taktik als legitimes Mittel, politische Ziele zu erreichen, sondern Wahrhaftigkeit in mehrfachem Sinn: Wahrhaftigkeit als Bereitschaft, geschichtliche Fakten anzuerkennen und sich, auch wo es weh tut, von Illusionen zu lösen, als Mut, dem Volk selbst bittere Wahrheiten zu sagen, als Nüchternheit in der Abschätzung eigener und fremder Kräfte sowie der Erfolgsaussichten und der Gefahr des Scheiterns, als Entschlossenheit, sich den großen und schwierigen Aufgaben zu stellen und um die richtigen Wege zu einer dauerhaften Lösung zu ringen.“ Raiser warnte auch hier energisch davor, diese „moralischen Forderungen“ geringzuschätzen oder gar lächerlich zu machen: „Auch das Vertrauen des Volkes, dessen Regierung und Parlament bedürfen, ist eine moralische Kategorie; es will erworben und pfleglich bewahrt sein.“²⁸

Solches Vertrauen in die politische Reife der Bevölkerung, d. h. darauf, daß viele Menschen in der Bundesrepublik durchaus fähig und willens seien, selbst bittere und schmerzliche Wahrheiten anzunehmen, gehörte für die Autoren des Memorandums zu den unverzichtbaren Grundlagen der Demokratie. Carl Friedrich von Weizsäcker legte auf diesen Punkt bei der ersten öffentlichen Stellungnahme der Gruppe besonderes Gewicht²⁹. Die Tabuisierung politischer Realitäten habe in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg wesentlich zur Zerstörung der Demokratie beigetragen.

²⁷ Das belegen u. a. die Briefe von Howe (13. 9. 1961) und Picht (15. 9. 1961) an Raiser, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42 (1961/62).

²⁸ Die Zeit, 20. 4. 1962, Nr. 16, S. 4.

²⁹ Vgl. Die Zeit, 9. 3. 1962, Nr. 10, S. 8: „Warum wir das Wort ergriffen“.

Um eine Wiederholung dessen zu verhindern, müßten alle politischen Fragen offen diskutiert werden, vor allem aber solche, die Opfer verlangten. Das umschloß dann allerdings die politische Mitverantwortung jedes einzelnen. Wie diese jedoch wahrzunehmen wäre, dazu äußerte sich das Memorandum ausgesprochen zurückhaltend: „So können Lagen entstehen, in denen die Politiker darauf angewiesen sind, daß auch Staatsbürger, die selbst nicht im aktiven politischen Leben stehen, auf vordringliche Notwendigkeiten hinweisen.“³⁰ Daß eine solche Situation jetzt bestand, war die Überzeugung der Acht. Pointiert wandte sich deshalb Raiser gegen die Arroganz jener Politiker, die solches Einreden als „Dilettantismus“ beiseite zu schieben beliebten. Der schweigende Bürger könne und dürfe doch wohl nicht das Ziel sein! Vielmehr benötigten die Politiker und Parteien unbedingt „eine Schicht selbständig denkender Bürger, [. . .] deren Kritik sie sich zu stellen haben“. Raiser fuhr fort: „Nach unserer Überzeugung ist es zur Stärkung unserer Demokratie hoch an der Zeit, daß sich unter denen, die in ihrem eigenen Lebensbereich selbständig und verantwortlich zu denken und zu handeln gewohnt sind, Menschen finden, die entschlossen sind, jene in einem Parteienstaat unentbehrliche Funktion wahrzunehmen.“³¹

Das klang elitär. Und es war sicherlich auch so gemeint. Gleichwohl ging es Raiser weder um die Ablehnung der Parteien noch des Parteienstaates. Der Tübinger Jurist schrieb hier keine theoretische Abhandlung über die Pflichten des Bürgers in der Demokratie, sondern redete von dem Recht sowie der Pflicht des Intellektuellen zum politischen Engagement. Wem die problematische Rolle dieser Intellektuellen in der jüngeren deutschen Geschichte vor Augen steht, begreift wohl, warum Raiser einerseits so vorsichtig bei der Ermunterung zur Kritik verfuhr und andererseits doch mit großem Nachdruck die Notwendigkeit des konkreten politischen Mitwirkens unterstrich. Hierbei handelte es sich nach seiner Überzeugung um eine staatspolitische Aufgabe. Gefördert und vertieft, im Sinne einer unabdingbaren Pflicht, wurde sie für die Acht allerdings durch ihre religiöse Überzeugung, ihr protestantisches Ethos. Dazu erklärte Raiser, ebenfalls in der „Zeit“: „Hinter der Bereitschaft zu solcher Arbeit steht die gemeinsame Überzeugung, daß christliche Gemeinde und politisches Gemeinwesen uns nicht einfach als überzeitliche Institutionen gegeben sind, sondern zugleich aufgegeben wurden und in aller weltlicher Verstrickung und Verwirrung nur genauso viel darzustellen vermögen, wie ihre Gläubigen und Bürger ihnen zubringen an Mitarbeit und Mitverantwortung, an sorgender Gewissenserforschung und an Opferbereitschaft. Ob solche Überzeugung spezifisch protestantischen Ursprungs ist, sei hier ganz offengelassen, da uns kontrovers-theologische Polemik mit Christen anderer Konfessionen oder irgend eine Überheblichkeit gegen-

³⁰ Memorandum, S. 41f. (wie Anm. 1).

³¹ Die Zeit, 20. 4. 1962, Nr. 16, S. 4. Zu der Äußerung des früheren Außenministers Heinrich von Brentano, der erklärt hatte, nun wolle er auch ernstgenommen werden, wenn er ein Buch über Atomphysik schreibe, hieß es hier schneidend: „Aber wir müssen ihn warnen. Zu guten wissenschaftlichen Büchern gehören nicht nur Kenntnisse, sondern auch Phantasie und eigene Gedanken!“

über Mitbürgern, deren politisches Verantwortungsbewußtsein nicht auf christlichem Glauben ruht, ganz fern liegt. Es möge genügen, den Grund zu bezeichnen, auf dem wir stehen und damit zugleich zu erklären, warum wir es für richtig gehalten haben, uns mit unserem Memorandum zunächst an eine Anzahl evangelischer Abgeordneter zu wenden, bei denen wir voraussetzen durften, daß ihre politische Arbeit auf der gleichen Überzeugung beruht.“³²

Das Vehikel schließlich, um Wahrhaftigkeit und Vertrauen, demokratische Gesinnung und Verantwortungsbewußtsein voranzubringen, war nach der Überzeugung der Acht das Gespräch im Sinne des rationalen Diskurses. Deshalb wurde als Ziel des Memorandums bezeichnet: „Wir sind bereit, den politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit hierüber Rede zu stehen.“³³ Diese Absicht wurde von den Autoren auch in den weiteren Auseinandersetzungen immer wieder nachdrücklich betont. Geradezu als notwendigen Dienst für die Politiker bezeichnete Klaus von Bismarck das Memorandum. Denn hier handele es sich eben nicht um Anklagen, sondern um Bemühungen zur Förderung des unerläßlichen öffentlichen Diskurses. „Ohne festen Rückhalt bei einer wachen öffentlichen Meinung, die politischen Opportunismus – wo auch immer er ungehemmt auftritt – erkennt und kritisiert, sind einzelne Fachleute in der Tat überfordert, eine weitsichtige Sozialpolitik durchzusetzen.“³⁴ Und Hellmut Becker erklärte weiter: „Es gehört zum Wesen der Wissenschaft, daß sie die politische Verantwortung für ihre gesteigerte Aufgabe nicht allein tragen kann, sondern geradezu hierzu des Politikers bedarf, der sie ernst nimmt. Wenn das ‚Memorandum der Acht‘ den Stil der deutschen Politik kritisiert, dann deshalb, weil der Mangel an Konzeption bei allen Parteien gerade dem Intellektuellen nicht gleichgültig sein kann.“³⁵

Wie ließ sich diese Intention jedoch der Öffentlichkeit am effizientesten vermitteln? Darüber gab es vielfältige Überlegungen bei den Autoren, die Hand in Hand gingen mit Korrekturvorschlägen und Überarbeitungen. Eschenburg schied, wie erwähnt, im Verlauf dieses Prozesses aus, Becker, Bismarck, Beckmann und Heisenberg dagegen ließen sich gewinnen. Andere zeigten sich sehr interessiert, ohne schließlich zu unterschreiben. Dazu gehörten z. B. der Romanist Gerhard Heß, Rainers Nachfolger als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Biochemiker und Nobelpreisträger Adolf Butenandt, u. a. Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, der Nationalökonom Constantin von Dietze, bis 1961 Präses der EKD-Synode, die Bischöfe Martin Haug von Württemberg und Hermann Dietzfelbinger von Bayern sowie der Vizepräses der Westfälischen Kirche, Karl Lücking, aber auch der Mannheimer Oberbürgermeister Hans Reschke oder der Wuppertaler Fabrikant Willy Schniewind³⁶.

³² Die Zeit, 20. 4. 1962, Nr. 16, S. 4.

³³ Memorandum, S. 42 (wie Anm. 1).

³⁴ Die Zeit, 6. 4. 1962, Nr. 14, S. 8: „Bonn ohne Sozialpolitik“.

³⁵ Ebenda, 1. 6. 1962, Nr. 22, S. 8: „Politik und Wissenschaft“.

³⁶ Alle Namen finden sich in Rainers Briefwechsel, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

Bischof Kunst wünschte noch die Hinzuziehung von Vertretern aus der Wirtschaft, damit das Memorandum der Öffentlichkeit nicht nur als ein Werk von Intellektuellen präsentiert würde³⁷. Doch dieser Versuch mißlang. Daraufhin beschlossen die Verfasser am 17. Oktober 1961 in Heidelberg mit knapper Mehrheit, das Dokument jetzt nicht zu publizieren, weil „die Veröffentlichung des Memorandums als ein politischer, eine Änderung der unleidlichen Zustände bezweckender Akt um seine Wirkung gebracht würde, wenn das Memorandum nur Professorenunterschriften tragen würde“³⁸. Eine spätere Veröffentlichung sollte darum nicht ausgeschlossen sein. Doch zunächst wollte man auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen vertrauliche Gespräche mit Politikern führen – wozu eine erneute Überarbeitung und vor allem Erweiterung des Textes erforderlich schien. Carl Friedrich von Weizsäcker verfaßte in einer Nacht eine neue, die jetzt vorliegende Einleitung des Memorandums³⁹. Im gleichen Atemzug schrieb er im Abschnitt über die Außenpolitik die Sätze über Polen. In Gesprächen mit Dietzfelbinger und vor allem im Austausch mit seinem Bruder Richard⁴⁰ sei ihm klar geworden, teilte Weizsäcker Raiser mit, daß die Aussagen über die Oder-Neiße-Grenze eingebettet werden müßten in ein ganzes „Bündel von Maßnahmen“⁴¹ einer neuen, auf Verständigung mit Polen zielenden Politik der Bundesrepublik. „Die Grenz-Frage darf nur als Kern einer gewollten Aussöhnung behandelt werden“, hatte Richard von Weizsäcker geschrieben.

Nun bat Raiser Bischof Kunst, Personen, die nach seiner Überzeugung für das geplante Gespräch infrage kämen, einzuladen. „Dadurch würde unser gemeinsamer Ausgangspunkt in einer evangelischen Verantwortung besonders deutlich – ohne daß Sie sich im übrigen mit dem Inhalt des Memorandums zu identifizieren brauchen.“ So verfuhr Kunst dann auch⁴².

Nachdem die Autoren bis zuletzt stilistische Verbesserungen vorgenommen hatten, unterzeichneten sie am 6. November 1961 das Dokument und schickten Bischof Kunst umgehend ein Eilpaket mit 50 Exemplaren des Memorandums zur Verteilung

³⁷ Vgl. Howe an Raiser, 11. 10. 1961, in: Ebenda. Genannt wurden von Kunst als Ansprechpartner: Bergemann/Hamburg, Wellhausen/Flender, Niels, von Bülow/Düsseldorf, Schneider/Düsseldorf.

³⁸ So Raiser an Kunst, 5. 11. 1961, in: Ebenda. Weitere Einzelheiten über das Gespräch am 17. 10. 1961 finden sich im Schreiben Bismarcks an Kunst, 23. 10. 1961, in: Privatbesitz Kunst, sowie vom 24. 10. 1961 an Beckmann, in: Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf (künftig LKA), Handakten Beckmann, B 135, S. 4–6.

³⁹ Vgl. Schreiben mit Textanlagen von Carl Friedrich von Weizsäcker an Raiser am 31. 10. 1961, in: Ebenda, S. 30.

⁴⁰ Vgl. Richard v. Weizsäcker an Carl Friedrich von Weizsäcker, 30. 10. 1961, in: Ebenda, S. 31 f.

⁴¹ Ebenda. Die konkreten Vorschläge gehen alle auf Richard von Weizsäcker zurück, so auch der dann besonders attackierte Gedanke, „geeigneten rückkehrwilligen Deutschen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten“.

⁴² Raiser an Kunst, 5. 11. 1961, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42. Kunst distanzierte sich später sowohl privat als auch öffentlich von den im Memorandum geäußerten Überlegungen zur Oder-Neiße-Linie, vgl. Schreiben an Wilhelm Jannasch, 2. 3. 1962, an v. Viereck, 5. 3. 1962, an die Militärfarmer, 27. 3. 1962, in: Privatbesitz Kunst.

an evangelische Politiker⁴³. Bei einer erneuten Unterredung in Bonn stimmten Raiser, Picht und Howe schließlich der Überlegung von Kunst zu, daß es besser sei, mit jeder Partei gesondert zu diskutieren – um zu verhüten, „daß die Herren bei einem gemeinsamen Gespräch beim mea culpa jeweils an die Brust der anderen Partei klopfen“⁴⁴.

4. Gespräche

Termingründe verhinderten zunächst den Beginn der Besprechungen. Trotzdem erfuhren die Acht bald einiges über erste Reaktionen. Seitens der SPD bekundete Fritz Erler bereits am 23. November sein Interesse an einer Unterredung⁴⁵. Allerdings fand er lediglich im Kapitel über die Ostpolitik einen Punkt für die wirklich „kritische Auseinandersetzung mit den öffentlichen Positionen aller Parteien“. Die übrigen Forderungen dagegen lägen voll und ganz auf der Linie der seit Jahren von der SPD vertretenen Politik. Ausdrücklich zustimmend reagierte Willy Brandt am 25. November⁴⁶. Raiser wußte sogar zu berichten, der Berliner Regierende Bürgermeister habe auf dem Parteitag der SPD in Bad Godesberg erklärt, „daß ihm seit 1945 wenig so großen Eindruck gemacht habe“ wie dieses Dokument⁴⁷. In seiner großen Rede im Parlament am 6. Dezember 1961 gegen Adenauers Regierungserklärung sei er, berichtete Brandt später, für die Kenner des Textes auch deutlich auf das Memorandum eingegangen⁴⁸. Natürlich handelte es sich dabei nicht um wörtliche Zitate. Viele politische Zielsetzungen der SPD waren auch weder neu noch so pointiert formuliert, daß man darin Anspielungen auf den Text der Acht hätte finden können. Das gilt etwa im Blick auf Brandts Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, sein Eintreten für eine kontrollierte Rüstungsbegrenzung oder die Forderung nach größerer sozialer Gerechtigkeit. Anders stand es mit seiner Feststellung, das deutsche Volk habe ein Recht auf Wahrheit und das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik sei „unterentwickelt“ geblieben. Dabei komme es doch darauf an, fuhr Brandt fort, die Bevölkerung „seelisch und geistig“ auf die bevorstehenden großen Auseinandersetzungen vorzubereiten – wozu er offensichtlich auch verstärkte deutsche Bemühungen um eine eigene Friedenspolitik zählte, die sich im Einklang mit dem Westen vorsichtig dem Osten zuwandte. Im Blick auf die Oder-Neiße-Linie hieß das freilich: „Im übrigen sind auch wir der Meinung, daß die Frage der Ostgrenzen erst in einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung geregelt werden kann. Und ich unterstreiche, was wir früher gesagt haben, nämlich,

⁴³ Vgl. Howe an Kunst, 6. 11. 1961, in: Ebenda.

⁴⁴ Howe an Beckmann, 14. 11. 1961, in: LKA, B 135, S. 33.

⁴⁵ Erler an Kunst, 23. 11. 1961, in: Privatbesitz Kunst.

⁴⁶ Vgl. Brandt an Kunst, 25. 11. 1961, in: Ebenda.

⁴⁷ Raiser an Weizsäcker, 3. 12. 1961, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁴⁸ Vgl. Brandt an Bismarck, 5. 3. 1962, in: LKA, B 135, S. 79.

daß wir keine Politik hinter dem Rücken der heimatvertriebenen Landsleute machen dürfen.“⁴⁹

Auch Politiker der CDU/CSU äußerten sich zustimmend. Bischof Kunst teilte Raiser am 6. Dezember mit, daß vor allem Gerstenmaier erklärt habe, er wolle hinsichtlich der Ostpolitik im Sinne des Memorandums tätig werden – obwohl es sehr schwer sei, solche Ziele in der Fraktion zu vertreten. Immerhin, auch in dieser Partei gab es offenkundig Kräfte, die neue Wege suchten. Kunst schrieb weiter: „Ich verrate keine Geheimnisse, wenn ich sage, es sind zwar nur einzelne, aber nun doch besonders gewichtige Leute, die seit Jahren in den Fragen der Außen- und Rüstungspolitik wider den Stachel der Bundesregierung löcken.“⁵⁰

Da die Gespräche mit den Parteien, wie erwähnt, aus Termingründen vor Weihnachten nicht mehr zustande kamen, wurde im Kreis der Acht noch einmal die Frage der umgehenden Veröffentlichung des Memorandums erwogen. Marion Gräfin Dönhoff erklärte sich bereit, den Text in der „Zeit“ zu publizieren. Allerdings hielt sie nachfolgende Erläuterungen durch die Verfasser in einigen weiteren Artikeln für erforderlich⁵¹. Im übrigen hatte Weizsäcker den Eindruck, daß die Gräfin stärker von den klangvollen Namen der Unterzeichner beeindruckt war als vom Memorandum! Gegen die sofortige Veröffentlichung erhob jedoch vor allem Bismarck Einspruch: Zunächst müsse man die Gespräche mit den Politikern abwarten und dann sehr sorgfältig abwägen, ob und inwiefern deren Argumente zu berücksichtigen seien. Die Mahnung zu behutsamem Vorgehen bezog sich vor allem auf die Behandlung der Oder-Neiße-Grenze. Was sprach für, was gegen das öffentliche Eingehen auf dieses Problem? Daß sich durchaus politische sowie psychologische Gründe beibringen ließen, die für die Fortsetzung des Schweigens über dieses Thema sprachen, unterstrich Bismarck ausdrücklich. Gewichtiger jedoch erschienen ihm die Argumente für die Durchbrechung dieses Tabus – und zwar sowohl im Blick auf die Zukunft des deutschen Volkes als auch die Ermutigung der „nicht vom Haß und kommunistischer Propaganda verblendeten Kräfte in Polen“. Daß ihm und den anderen Autoren im Falle der Veröffentlichung des Memorandums in hohem Maße Wut, Haß und Empörung entgegenschlagen würden, war Bismarck dabei nicht zweifelhaft. „Diese falsche moralische Wertung und diese geduckte Angsthaltung der Öffentlichkeit machen es aber geradezu notwendig, daß einige Männer es wagen, zu bezeugen, daß man gerade aus vaterländischer Verantwortung anders entscheiden kann.“⁵²

⁴⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 50, Bonn 1962, Sp. 53–64, Zitat Sp. 56 B.

⁵⁰ Kunst an Raiser, 6. 12. 1961, in: LKA, B 135, S. 34–36.

⁵¹ Vgl. Weizsäcker an Raiser und die Mitunterzeichner, 10. 1. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42. Hier auch der Bericht über Gespräche mit Wirtschaftsführern über das Memorandum. Vgl. dazu Karl-Heinz Janßen, Die Zeit in der Zeit. 50 Jahre einer Wochenzeitung, Berlin 1995, S. 136f. Anwesend waren Otto A. Friedrich, die Bankiers Karl Klasen und Alwin Münchmeyer, der Reeder Rolf Stödter, Helmut Schmidt sowie Karl Schiller.

⁵² Notiz an die Mitunterzeichner des Memorandums, 30. 1. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

Diese Überlegungen Bismarcks spielten auch bei der Unterredung mit den CDU-Politikern eine Rolle, die am 30. Januar 1962 in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre stattfand. Anwesend waren u. a. die Minister Ludwig Erhard und Hans-Joachim von Merkatz, ferner Franz Etzel, Franz Böhm sowie Ferdinand Friedensburg, letzterer ein scharfer Kritiker des Memorandums. Der neue Außenminister Gerhard Schröder nahm nicht teil. Unterschiedliche Gesichtspunkte wurden behandelt, besonders intensiv war die Aussprache natürlich im Blick auf die Oder-Neiße-Linie. Doch zuletzt gelang es Weizsäcker, „unseren Standpunkt so darzustellen, daß alle Kritik verstummte“⁵³. Das konnte natürlich nur ein Augenblickserfolg sein. In den Briefen, die Kunst in den folgenden Tagen von fünf Teilnehmern des Gespräches erhielt⁵⁴, wurde zwar durchgängig der Wunsch ausgesprochen, den Meinungsaustausch fortzusetzen: Aber im Blick auf die Behandlung der Oder-Neiße-Grenze gab es nur Widerspruch, bis hin zur Warnung von zwei Politikern, diesen Text jemals zu veröffentlichen, weil er in jeder Hinsicht verheerend wirken müsse. Derartige Äußerungen fielen wohl schon beim Gespräch. Sie sind jedenfalls der Hintergrund, auf dem Bismarck am gleichen Tag seine erwähnten Überlegungen über die Sinnhaftigkeit des öffentlichen Redens über die Oder-Neiße-Linie niederschrieb.

Die trotz verschiedener Schattierungen und Tönungen im einzelnen doch prinzipiell gleichgerichtete Überzeugung dieser CDU-Politiker läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: 1. Der eindeutige deutsche Rechtsanspruch auf die Ostgebiete kann und darf nicht preisgegeben werden. 2. Polen ist gegenwärtig nicht in der Lage, eine eigene Politik zu verfolgen. 3. Die Sowjetunion muß und wird sich im Laufe der Zeit verändern – aufgrund ganz unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher, auch ideologischer Faktoren –, weshalb allein die Fortsetzung einer auch mit „Imponderabilien“ rechnenden defensiven Außenpolitik sinnvoll sei.

Das Gespräch mit der FDP brachte wenig Erhellendes⁵⁵. Viele ihrer Abgeordneten waren neu im Parlament. Vor allem aber bemühte sich die Partei so offensichtlich, die evangelische Kirche als ihre Bundesgenossin zu gewinnen, daß eine sachliche Diskussion nicht zustande kam. Vom Gespräch mit der SPD hatten einige der Acht am meisten erwartet. Es fand am 14. Februar 1962 statt, in Anwesenheit u. a. von Martin Hirsch, Adolf Arndt, Gustav Heinemann, Hans Merten und Herbert Wehner⁵⁶. Letzterer dominierte – und mit ihm der Widerspruch gegen die meisten Aussagen des Memorandums. Beim Thema der Oder-Neiße-Grenze äußerten die Sozialdemokraten schließlich ihre Abwehr derart kategorisch, daß Raiser und Weizsäcker auf ein Schlußwort verzichteten. Howe, von dem der Bericht über diese Begegnung stammt, faßte die Stimmung wohl treffend dahingehend zusammen, „daß die SPD

⁵³ Howe an Beckmann, 2. 2. 1962, in: LKA, B 135, S. 42.

⁵⁴ Es handelte sich dabei um Franz Böhm, Walter Strauß, Paul Bausch, Ernst Müller-Hermann sowie Hans Wilhelm, in: Privatbesitz Kunst.

⁵⁵ Kunst informierte darüber am 6. 12. 1961 Raiser, Howe am 2. 2. 1962 Beckmann, in: LKA, B 135, S. 34–36, 42.

⁵⁶ Howe an Beckmann, 20. 2. 1962, in: LKA, B 135, S. 62.

so leidenschaftlich bemüht ist, jeden Vorwurf einer mangelnden nationalen Gesinnung von sich abzuwehren, daß eigentlich gegen das hier zugrundeliegende Trauma kein rationales Argument mehr half“.

Die Gespräche der Acht mit den Politikern der drei im Bundestag vertretenen Parteien zeigten also anschaulich, wie festgelegt, auch festgefahren, allerlei Variationen zum Trotz, die Position ihrer großen Mehrheit hinsichtlich des Problemfeldes der westdeutschen Ostpolitik Anfang 1962 war. Ob weitere Diskussionen über das Memorandum hier eine Veränderung hätten einleiten können, ist eine rein theoretische Frage. Nach der Publikation des Textes Mitte Februar 1962 ging es primär darum, wer es nun wagte, sich direkt oder indirekt auf die Seite der Acht zu stellen.

5. Wirkungen

Wut und Enttäuschung, Verbitterung, auch Trauer, sehr viel seltener Zustimmung und Freude schlugen den Unterzeichnern des Memorandums entgegen, als ihr Text im Februar gegen ihren Willen an die Öffentlichkeit gelangte. Damit war eine neue Situation geschaffen. Zwar endeten die Gespräche mit den Parteien nicht sofort, aber sie versickerten doch angesichts der nun schnell sich polarisierenden öffentlichen Auseinandersetzung. Das Feld der Disputanten wurde breiter, allerdings primär in numerischer Hinsicht. Denn inhaltlich beherrschten alsbald vor allem die Vertriebenen und ihre Organisationen mit ihren Fragestellungen die öffentliche wie auch private Diskussion. Das gilt partiell ebenso für den Bereich der evangelischen Kirche – obwohl hier dann auch andere Überzeugungen zum Ausdruck kamen und politische Gestalt gewannen.

Bereits am 25. Februar stellte die Kirchenkanzlei der EKD fest, daß die fast gleichzeitig erschienene „Handreichung zur Friedensfrage“ in ihre Verantwortung falle, wohingegen es sich bei dem nun veröffentlichten Memorandum um „eine private Arbeit der Verfasser“ handle⁵⁷. Mit diesem Votum sollte Vorwürfen begegnet werden, daß die Evangelische Kirche in Deutschland zumindest indirekt die Position der Acht vertrete. In diesem Sinn äußerten sich trotzdem am 27. Februar einige CDU-Abgeordnete, die z. T. an den Gesprächen mit den Verfassern teilgenommen hatten⁵⁸. Im übrigen distanzierte man sich hier weitgehend von den Aussagen des Memorandums, wollte jedoch die Gespräche weiterführen.

Am 5. März schrieb Raiser an Bischof Kunst, der „Sturm im Blätterwald“ seit der Veröffentlichung ihres Textes habe doch insofern etwas sehr Positives, als er für eine enorme Publizität des Memorandums gesorgt habe⁵⁹. „Jeder von uns hat Einiges auszustehen durch Klage- und Drohbriefe aus den Kreisen fanatischer Heimatvertriebener und durch die unvermeidlichen Vorschläge von Weltverbesserern, aber je-

⁵⁷ KJ 1962, S. 74.

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 78–81.

⁵⁹ Raiser an Kunst, 5. 3. 1962, in: Privatbesitz Kunst.

der hat doch auch im mündlichen Gespräch und brieflich von einem weiten Kreis von Bekannten und Unbekannten lebhaft Zustimmung und kräftigen Zuspruch erfahren.“ Zu hoffen sei nur, daß die Gespräche mit den Parteien fortgesetzt würden. Wie Kunst in seinem Antwortschreiben umgehend mitteilte, beurteilte auch er die Entwicklung positiv, nicht zuletzt im Blick auf die Bereitschaft der Parteien zur Fortsetzung des vertraulichen Meinungsaustausches⁶⁰.

Werner Dollinger, Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, sprach sich dafür am 2. März mit großem Nachdruck auch öffentlich aus⁶¹. Zwar vertrete er „in wesentlichen Punkten“ andere Auffassungen. Aber er sei „zuversichtlich, daß die evangelischen Persönlichkeiten, die das Memorandum verfaßt haben, so wie auch wir bereit sind, das bessere Argument gelten zu lassen“. Mit größerem Engagement versicherte Brandt den Autoren der Denkschrift noch einmal seine „Achtung“ und wiederholte den Wunsch „zu einem nicht-öffentlichen Gespräch auf der Basis dieses Memorandums“⁶². Wenige Wochen später, auf dem Parteitag der SPD in Hamburg, kritisierte er zwar die globale Kritik des Memorandums an den Parteien sowie die Aussagen über die Oder-Neiße-Linie, trat jedoch gleichzeitig mit großem Nachdruck für die Zielsetzung der Acht ein: „Das Memorandum sagt einige unbequeme und unangenehme Dinge. Es erhebt einige Vorwürfe, die auch wir ernsthaft und selbstkritisch überdenken sollten. Auch wir brauchen nämlich unbequeme und unangenehme Gedanken, um die Positionen unserer Politik neu zu überdenken. Der unbequeme Demokrat muß uns tausendmal lieber sein als der laue Mitläufer, der bloße Jasager – der Konformist.“⁶³ Inhaltlich stärker identifizierte sich Richard von Weizsäcker, ebenfalls Ende März, sowohl mit der Intention als auch den Aussagen des Memorandums⁶⁴. Er wandte sich gegen die auch von ihm konstatierte Erstarrung des politischen Denkens und trat sowohl für eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin als auch für bessere Beziehungen zu Polen ein. „Hauptziel unserer Politik gegenüber Polen muß es sein, die langsame Evolution zu fördern, an deren Ende die Aufhebung der Teilung Europas und damit auch Deutschlands steht. [. . .] Wir sollten also keine polnischen Ausbruchstendenzen fördern, sondern einen inneren Zustand unterstützen, der die Polen in Moskau zum politischen Stabilisierungsfaktor werden läßt. Dafür werden sie Frieden und Gebietsschutz brauchen. [. . .] In einer formal-juristischen Anerkennung der Grenze durch Bonn kann er, wie gesagt, nicht liegen. Dennoch werden wir substantielle Opfer in großem Ausmaß in Aussicht stellen müssen. Es werden Opfer sein, die nach der einen Seite einen endgültigen Verlust bringen, die uns andererseits auf lange Sicht der Lösung unserer Hauptfrage näherbringen werden als der Zustand nicht vorhandener Beziehungen zu Polen.“

⁶⁰ Vgl. Kunst an Raiser, 6. 3. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Beckmann an Bismarck, 5. 3. 1962, in: LKA, B 135, S. 79.

⁶³ Rede vom 24. 3. 1962, in: Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, Depositem Willy Brandt, Mappe 134.

⁶⁴ Wieder abgedruckt in Richard von Weizsäcker, Die deutsche Geschichte geht weiter, München 1986, S. 171–181, Zitat S. 180f.

So weit ging öffentlich kein anderer Politiker. Die Parteien reagierten durchweg offiziell freundlich, verbindlich – ohne sich jedoch auf Sachfragen einzulassen⁶⁵. Natürlich fehlte auch der Hinweis nicht, daß die DDR das Memorandum benutzen würde, um „bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland Zweifel an der Konsequenz der deutschen Wiedervereinigungspolitik aufkommen“ zu lassen⁶⁶.

Am 30. April diskutierten Raiser, Picht, Weizsäcker und Becker in Tübingen ihr weiteres Vorgehen⁶⁷. Obwohl man sich gut verstand, kam es zu keiner Einigung über konkrete gemeinsame Schritte. Selbstverständlich waren alle bereit, die Gespräche mit den Parteien fortzusetzen. Auch Katholiken sollten nun daran teilnehmen. Doch die Neigung ging offenkundig dahin, daß jetzt einzelne der Acht sowohl in der Öffentlichkeit – z. B. bei Tagungen der evangelischen Akademien – auftreten als auch versuchen sollten, vertrauliche Gespräche mit Politikern zu führen. Das galt insbesondere im Blick auf Schröder, von dem nicht nur Kunst noch viel erwartete. Bismarck schrieb später, am 9. Oktober, in einem Rundbrief an die Unterzeichner des Memorandums, er habe inzwischen den Eindruck gewonnen, „daß Herr Schröder unseren Impuls seinerseits mit großem Ernst und großer Aufmerksamkeit aufgenommen hat. Ich bin nach diesem Gespräch überzeugt, daß er jedenfalls – mit aller Vorsicht, die in seiner Position zweifellos geboten ist – die möglichen Schritte für eine Belebung der Ostpolitik tun wird (Einrichtung von Handelsmissionen usw.). Herr Schröder hat mich in diesem Gespräch aber überzeugt, daß es jedenfalls im Augenblick nicht ratsam ist, in dieser Sache jetzt zu viel publizistischen Lärm zu machen, der einige Mitglieder der Bundesregierung veranlassen könnte, sich im Kontern gegenüber Anregungen im Sinne des Memorandums zu versteifen oder festzulegen. Ich habe meinerseits im Gespräch mit Minister Schröder die Überzeugung gewonnen, daß Herr Schröder nicht daran gelegen war, unsere Ideen lediglich mit einer äußerlichen Freundlichkeit abzufangen. Er hat mir glaubwürdig zugesichert, daß er mir oder einem anderen Unterzeichner des Memorandums jeder Zeit zu einem persönlichen-vertraulichen Gespräch zur Verfügung stehe.“⁶⁸

Auch mit Rücksicht auf diesen Hintergrund wurde die öffentliche Diskussion mit Bundesratsminister Hans-Joachim von Merkatz abgebrochen. Der Minister hatte in einem ausführlichen Schreiben an Bischof Kunst am 28. Februar eine Reihe kluger Einwände gegen den außenpolitischen Teil des Memorandums erhoben⁶⁹. Im wesentlichen dieselben Gedanken wiederholte Merkatz in einem Artikel im Sonntagsblatt⁷⁰. Bismarcks Antwort lag Ende April vor⁷¹ und wurde bei einem Treffen in Heidelberg,

⁶⁵ Exemplarisch dafür ist der Mitschnitt des Politischen Forums des NDR. In: LKA, B 135, S. 107–115.

⁶⁶ Franz Böhm an Kunst, 31. 1. 1962, in: Privatbesitz Kunst.

⁶⁷ Vgl. Raiser an Kunst, 2. 5. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁶⁸ LKA, B 136, S. 144–146.

⁶⁹ Vgl. Merkatz an Kunst, 28. 2. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁷⁰ Vgl. Sonntagsblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur, Wirtschaft, Nr. 11, 18. 3. 1962: „Fragen an die Acht“, S. 10.

⁷¹ Entwurf in: LKA, B 135, S. 177–181.

Anfang Juli, von den anderen Autoren gebilligt. Doch am 9. Oktober informierte Bismarck die Mitunterzeichner vertraulich über das erwähnte Gespräch mit Schröder. Inoffizielle Gespräche mit einzelnen Politikern waren nun endgültig an die Stelle von Verhandlungen der Acht mit den Parteien getreten.

Eine beherrschende Rolle spielten in der öffentlichen Auseinandersetzung die Vertriebenenverbände. Schon am 28. Februar attackierte ihr Göttinger Arbeitskreis Klaus von Bismarck in überaus rüder Weise. Kein moralisch diskreditierender Vorwurf wurde hier ausgelassen, charakteristisch für den gesamten Beitrag sind Sätze wie: „Die Denkschrift wagt es, fast 20 v. H. der deutschen Staatsbürger die Selbstbestimmung zu versagen, ja sogar die Massenaustreibungen zum zwischenstaatlichen Prinzip zu erheben, mit dem die Selbstbestimmung betroffener Bevölkerungen beseitigt werden kann. Dies ist nur als die Empfehlung zwischenstaatlicher Anarchie zu begreifen.“⁷² Raisers Versuch, die Auseinandersetzung mit einem Brief an den ihm bekannten Joachim Freiherrn von Braun, den Leiter des Kreises, auf eine andere Ebene zu heben, scheiterte⁷³. Inzwischen hatte sich am 5. März auch der Ostkirchenausschuß zu Wort gemeldet, also das vom Rat der EKD bestellte Gremium zur Wahrung der kirchlichen Belange der Vertriebenen⁷⁴. Gewiß verbindlicher im Ton, wurde sachlich doch dieselbe Position vertreten: Geboten sei für Deutsche und Christen das Festhalten an Recht und Gerechtigkeit. Jedes Zurückweichen vor der Macht richte nur Schaden an.

Die Attacken der Vertriebenenverbände auf das Memorandum gingen weiter. Am 29. März veröffentlichte der „Deutsche Ostdienst“ eine ausführliche Stellungnahme, in der den Autoren die Anerkennung der DDR sowie der Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und der osteuropäischen Völker vorgeworfen wurde, die Preisgabe der deutschen Ostgebiete sowie die Verherrlichung von Unrecht und Gewalt, die Förderung des Kommunismus und schließlich Anmaßung, weil sie im Namen der evangelischen Kirche redeten⁷⁵. Und gleichzeitig ersuchten sie Bischof Kunst, ein Gespräch mit den Acht zu arrangieren! Man begreift, daß Picht daraufhin explodierte und zunächst einmal die Distanzierung der Vertriebenenverbände von ihrem „geplanten und gesteuerten Diffamierungsfeldzug“ forderte, „der in seinen Formen und seinem Vokabular an die schlimmsten Zeiten unserer politischen Vergangenheit erinnert“⁷⁶.

Trotzdem erklärten die Unterzeichner ihre prinzipielle Bereitschaft zu Gesprächen mit den Vertriebenen. Zu diesem Zweck übermittelte Klaus von Bismarck seinem Bruder Philipp, der in deren Lager stand, am 11. April eine ausführliche Stellungnahme zu den Motiven und Zielsetzungen des außenpolitischen Teils des Memorandums⁷⁷. Doch die Unterredung kam nicht zustande. Die Stimmungsmache gegen die Acht dauerte dagegen an. Anfang Oktober votierte Klaus von Bismarck trotzdem für inoffizielle Ein-

⁷² Der Göttinger Arbeitskreis der Vertriebenen an Bismarck, 28. 2. 1962, in: Ebenda, S. 86–94.

⁷³ Vgl. Raiser an Bismarck, 19. 4. 1962, Bismarck an Raiser, 27. 4. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁷⁴ Vgl. KJ 1962, S. 82–85.

⁷⁵ Text in: LKA, B 135, S. 139–142.

⁷⁶ Picht an Kunst, 31. 3. 1962, in: Privatbesitz Kunst.

⁷⁷ Vgl. LKA, B 135, S. 168–175.

zelgespräche auch mit Vertriebenen⁷⁸, und am 25. 10. beschloß der Kreis, auch so vorzugehen. Denn die Vertriebenenverbände hatten inzwischen ihre Taktik geändert: Sie attackierten und verketzerten die Acht nicht länger öffentlich, sondern suchten jetzt ihrerseits das Gespräch mit den Parteien – angefangen bei der SPD, wo man bereits mit Wehner einig geworden sei. „Mit der CDU und der FDP wird noch verhandelt.“⁷⁹

Am 25. April 1962, als sich die erste Aufregung über das Memorandum zu legen begann, hatte Bismarck den Mitunterzeichnern eine differenzierte Analyse der 184 Zuschriften geschickt, die ihn erreicht hatten. Im Vordergrund standen Äußerungen zur Ostpolitik und insbesondere zum Problem der Oder-Neiße-Grenze. Rund 60 Personen äußerten sich eindeutig positiv; entschieden negativ, bis hin zu Beleidigungen aller Art, kaum mehr, nämlich 65. Zum letzten Drittel gehörten überaus divergierende und zum Teil sogar widersprüchliche Stellungnahmen, angefangen bei Weltverbesserern über Bittsteller bis hin zu Zuschriften, in denen sorgfältig, ja gelegentlich skrupulös argumentiert wurde. „Erstausnehmend ist, daß nur 13 das Selbstbestimmungsrecht und nur 17 das Recht auf Heimat bemühen“, berichtete Bismarck⁸⁰.

Fünf Pfarrer hatten an ihn geschrieben, drei ausgesprochen zustimmend, zwei scharf ablehnend. Die meisten evangelischen Kirchenchristen adressierten ihre Stellungnahmen jedoch verständlicherweise an Präses Beckmann. Auch hier ging es nahezu ausschließlich um die Ostpolitik. Die Äußerungen bieten ein ziemlich verwirrendes, widersprüchliches Bild. Sofort nach dem Bekanntwerden des Textes kamen spontane Zustimmung, von theologischen und kirchlichen Freunden ebenso wie von Unbekannten⁸¹. Zu den ersteren gehörten z. B. die Professoren Günther Koch und Oskar Hamelsbeck, der Remscheider Fabrikant Gustav Theill sowie der westfälische Pfarrer Dettmar, der über die schrittweise Annäherung von Heimatvertriebenen in seiner Gemeinde an die Ausführungen des Memorandums berichtete. Pfarrer Klaus Lohmann dankte dem Präses im Namen der Kirchlichen Bruderschaft des Rheinlands, und Karl Barth schrieb Beckmann, zugleich im Blick auf die erwähnte „Handreichung zur Friedensfrage“⁸², daß nach seiner Überzeugung „beide miteinander mit Abstand das Beste sind, was ich seit 1945 an kollektiven und persönlichen Äußerungen der Evangelischen in Deutschland zur Weltlage gelesen habe“. Die Delegiertenkonferenz der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland urteilte ähnlich⁸³: Sie begrüßte das Wort der Acht „mit ungeteilter Freude und Dankbarkeit“ und wollte sich entschlossen für die Konkretisierung der „Handreichung“ im Sinne des Memorandums einsetzen.

Aber auch Unbekannte meldeten sich, wie gesagt, zustimmend zu Wort: ein Professor von der Kunstakademie Düsseldorf z. B., eine katholische Hausfrau aus Gel-

⁷⁸ Vertrauliches Rundschreiben an die Mitunterzeichner, 9. 10. 1962, in: Ebenda, B 136, S. 144–146.

⁷⁹ Bismarck an die Mitunterzeichner, 6. 11. 1962, in: LKA, B 136, S. 160f.

⁸⁰ Ebenda, B 135, S. 185–196.

⁸¹ Diese Materialien finden sich in: LKA, B 140.

⁸² Die christliche Friedensbotschaft, die weltlichen Friedensprogramme und die politische Arbeit für den Frieden. Handreichung eines Theologischen Ausschusses der EKD zur Friedensfrage: Die Denkschriften der EKD, Bd. 1/2, Gütersloh 1978, S. 7–14.

⁸³ LKA, B 139, S. 11f.

senkirchen-Buer oder ein Krefelder Werksdirektor, der Beckmann emphatisch versicherte, „daß viele Millionen Deutscher der protestantischen Christenheit von einem Alldruck erlöst worden sind, als Ihre Resolution – wenn auch nur bruchstückweise – in der Öffentlichkeit bekannt wurde“. Selbstverständlich fehlten auch die bösen und niederträchtigen Schreiben nicht. Ein Hamburger Arzt hoffte, man werde Beckmann wie eine Ratte erschlagen⁸⁴. Andere argumentierten biblizistisch und meinten, so das Recht auf Heimat bzw. die deutschen Ostgebiete begründen zu können⁸⁵. Unter der Überschrift, er behindere oder gefährde sogar die ruhige seelsorgerlich-kirchliche Arbeit in den Gemeinden, attackierten vor allem Pfarrer – keineswegs nur aus dem Rheinland – den Präses⁸⁶. In diese Sorge flossen dann allerdings sehr selbstverständlich sämtliche Vorwürfe an die andere Seite mit ein: die Greuel der Polen, Russen und Tschechen; das Unrechtsregime im Osten; die Verfolgungen von Christen und Kirchen durch die Kommunisten. Nationale Würdelosigkeit wurde Beckmann vorgehalten, Überheblichkeit – weil er wähne, zusammen mit den anderen Verfassern des Memorandums, klüger zu sein als die Parteien – sowie politische Naivität. Und immer wieder hieß es: wie können Sie „Schindluder mit der Heimat von Millionen von Landsleuten treiben und unsere Heimat verkaufen“⁸⁷?

Zustimmungen und Widersprüche kennzeichneten also das Bild der protestantischen Einstellung zur Ostpolitik und insbesondere zur Oder-Neiße-Grenze. Neben dem erbitterten Nein stand das entschiedene Ja. Um in diese Auseinandersetzungen möglichst nicht hineingezogen zu werden, erklärte der Rat der EKD am 10. Mai, er habe das Memorandum weder veranlaßt noch vor seiner Veröffentlichung gekannt. Er nehme auch jetzt nicht dazu Stellung, bedaure jedoch „die von einigen Verbänden und Kreisen gewählte Form der Kritik an dem Memorandum und an der Person der Verfasser in einer Sachdiskussion, bei der es sich um Lebensfragen der Nation handelt“⁸⁸. Faktisch bedeutete das gleichwohl eine vorsichtige Distanzierung von jenen Kräften, die auch innerhalb der evangelischen Kirche eine neue, auf Ausgleich und Verständigung basierende Ostpolitik wollten⁸⁹. Diese Realität hatte Raiser vor Augen, als er am 11. März 1962 an Beckmann schrieb, mit dem Kampf auf dem politischen Feld würden sie gewiß fertig⁹⁰: „Was mich aber nun in zunehmendem Maße beschäftigt, das ist die bei dieser Gelegenheit deutlich gewordene innerkirchliche Situation, und dazu wäre mir Ihre Meinung und Ihr Rat sehr erwünscht.“ Beckmann pflichtete ihm einerseits bei – „In unserer Kirche ist hier wie in den meisten politischen Fragen nur ganz wenig Einsicht“ –, verwies jedoch andererseits auf die man-

⁸⁴ LKA, B 138, S. 21.

⁸⁵ Vgl. LKA, B 137.

⁸⁶ Vgl. LKA, B 137 und B 138.

⁸⁷ Evangelische Gemeinde Hagen, 25. 3. 1962, in: LKA, B 138, S. 133. Beckmann verteidigte seine Überzeugung auch mehrfach öffentlich für die Gemeinden; vgl. z. B.: Der Weg, Evangelisches Sonntagsblatt für das Rheinland, 18. 3. 1962, Nr. 11.

⁸⁸ KJ 1962, S. 82.

⁸⁹ So äußerte sich empört Helmut Simon, in: LKA, B 140, S. 81 f.

⁹⁰ LKA, B 135, S. 65.

nigfachen Aktivitäten, die nicht nur in der Rheinischen Kirche seit einiger Zeit unternommen würden, um mit den Vertriebenen ins Gespräch zu kommen⁹¹. Hier gelte es weiterzumachen, vor allem auf der Ebene der Evangelischen Akademien, wo die Möglichkeit zu einem intensiven Meinungsaustausch bestehe.

Hierhin gehörte auch, daß Raiser von Kunst erfuhr, der Rat der EKD identifiziere sich keineswegs mit dem Ostkirchenausschuß⁹². Dieser wünschte Ende Mai dringend ein Gespräch mit den Unterzeichnern des Memorandums⁹³. Und Bischof Scharf, der Ratsvorsitzende, äußerte sich am 20. April in der Wochenschrift „Christ und Welt“ sogar ausgesprochen freundlich über den Text der Acht⁹⁴.

Vieles blieb in der Tat verwirrend und undurchsichtig. Aber man konnte diese Vorgänge doch auch mit einer leisen Hoffnung sehen – so wie Raiser es tat, wenn er die Überzeugung aussprach, „daß wir hier innerhalb unserer Kirche am Anfang eines langen und mühsamen Weges stehen“⁹⁵. Die Widerstände auch innerhalb der evangelischen Kirche gegen ein Umdenken in der Ostpolitik waren groß. Das hatte sich im Frühjahr 1962 unübersehbar gezeigt. Aber in denselben Wochen und Monaten war ebenso zutage getreten, daß es überall im Land Gruppen und Kreise von Menschen gab, innerhalb ebenso wie außerhalb der evangelischen Kirche, die den Zielsetzungen der Acht und ihrem Memorandum zustimmten. So konnte dieses Dokument vorübergehend zu einer Art Signal für diejenigen werden, die über die traditionelle Ostpolitik hinausstrebten. Noch waren die Parteien nicht so weit. Deshalb benötigten sie dringend die „Lobbyisten der Vernunft“, wie Gräfin Dönhoff die Acht in der „Zeit“ genannt hatte und worauf sich Gustav Heinemann in einem Schreiben an Raiser vom 28. September 1964 ausdrücklich bezog⁹⁶. Diese „Lobbyisten“ konnten sagen und tun, was die Politiker sich nicht erlauben durften. Heinemann warb vor allem um Verständnis für die SPD, die aufgrund ihrer Geschichte unmöglich allein „die Liquidation des Hitler-Krieges in seinen bitteren Konsequenzen“ übernehmen könne. Er fuhr fort: „Meinerseits möchte ich Sie dringlich bitten, spüren zu lassen, daß Sie und Ihre engeren Freunde bei der Fahne bleiben, die Sie mit dem Memorandum gehißt haben.“ Das war in der Tat der Fall. Damals arbeitete die Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung unter der Federführung von Ludwig Raiser bereits seit Monaten an der Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“⁹⁷. Dieses Dokument erregte einerseits ein noch erheblich größeres Aufsehen als das Memorandum. Es trug andererseits dann nicht unerheblich zur breiten Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland bei.

⁹¹ Beckmann an Raiser, 18. 3. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁹² Vgl. Antwort Raiser an Kunst, 2. 5. 1962, in: Ebenda.

⁹³ Vgl. Bismarck an Raiser, 30. 5. 1962, in: Ebenda.

⁹⁴ Vgl. Christ und Welt, Nr. 16: „Anfang – Ende – Neues Leben“.

⁹⁵ Raiser an Kunst, 2. 5. 1962, in: BA, Bestand N 1287, Nachlaß Raiser, Bd. 42.

⁹⁶ Heinemann an Raiser, 28. 9. 1964, in: Ebenda, Bd. 6 (1974–1980).

⁹⁷ Der Untertitel lautet: „Eine evangelische Denkschrift“, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evang. Kirche in Deutschland, Hannover 1965.